
2297/J XXII. GP

Eingelangt am 10.11.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Marizzi, Dr. Bauer
und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend weitere Schließungen von Postämtern in Niederösterreich

Vor zwei Jahren wurden in Niederösterreich bereits hunderte Postämter geschlossen. Nun wird in den Medien die Schließung weiterer 350 Postämter kolportiert, was bedeutet, dass auch in Niederösterreich die Anzahl der Postämter noch weiter dramatisch sinken wird. Auf Grund der großräumigen und ländlichen Siedlungsstruktur würde sich eine zweite Schließungswelle besonders negativ auf tausende Haushalte und deren Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen auswirken.

Die Schließung weiterer Postämter stellt eine fortschreitende Ausdünnung des ländlichen Raumes, einen Rückbau öffentlicher Infrastruktur und daher eine Einbuße an Lebensqualität in der unmittelbaren Wohnumgebung dar. Die Bevölkerung in Niederösterreich ist nicht zuletzt auch wegen des mangelnden Informationsstandes zu Recht besorgt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Gibt es Pläne, in Niederösterreich weitere Postämter zu schließen?
2. Wenn ja, welche Postämter wären davon betroffen (aufgelistet nach Bezirken)?
3. Wann sollen die Schließungen/Zusammenlegungen erfolgen?
4. Was sind die Gründe für die Schließungen?

5. Welches Einsparungspotenzial ergäbe sich daraus?
6. Welche Maßnahmen sind für die MitarbeiterInnen der geschlossenen Standorte geplant?
 - a) Wird es zu Frühpensionierungen kommen und wenn ja, in welchem Ausmaß?
 - b) Wird ein Sozialplan erarbeitet werden, wenn ja, mit welchen Maßnahmen und wenn nein, weshalb nicht?
7. Wie soll Ihrer Ansicht nach die Infrastruktur für BewohnerInnen ländlicher und kleiner Gemeinden gewährleistet bleiben, wenn durch eine neuerliche Schließung von Postämtern eine weitere Ausdünnung der Nahversorgung für ältere und wenig mobile Menschen droht?